**Deutscher Bundestag** **Drucksache 15/349**

**15. Wahlperiode** 28. 01. 2003

# Antrag

**der Abgeordneten Dagmar Wöhrl, Karl-Josef Laumann, Hartmut Schauerte, Veronika Bellmann, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Alexander Dobrindt, Dr. Reinhard Göhner, Ernst Hinsken, Robert Hochbaum, Dr. Martina Krogmann, Dr. Hermann Kues, Wolfgang Meckelburg, Laurenz Meyer (Hamm), Dr. Joachim Pfeiffer, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Franz Romer, Johannes Singhammer, Max Straubinger und der Fraktion der CDU/CSU**

## Grundsätzliche Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik statt neue Sonderregeln – Mittelstand umfassend stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland befindet sich am Rande einer Rezession. Das Wirtschaftswachstum war im Jahr 2002 mit 0,2 Prozent so niedrig wie seit fast zehn Jahren nicht mehr. Die Steuereinnahmen brechen weg. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu und hat die Vier-Millionen-Grenze deutlich überschritten. Die Zahl der Unternehmensgründungen befindet sich per Saldo im freien Fall, während bei den Unternehmenspleiten ein Negativ-Rekord nach dem anderen gebrochen wird. Vor allem der Mittelstand ist von dieser Abwärtsentwicklung hart betroffen. Drei Viertel der kleinen und mittleren Betriebe planen in diesem Jahr keine Investitionen mehr, über 40 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) verzeichnen Umsatzrückgänge, fast der halbe Mittelstand erwartet weiter sinkende Erträge, Entlassungen sind an der Tagesordnung. Dies ist das Ergebnis einer Wirtschaftspolitik, die gegen den Mittelstand gerichtet ist.

Trotz dieser Misere findet die Bundesregierung nicht die Kraft für eine mutige Kurskorrektur in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, um den Mittelstand endlich wieder zu stärken. Im Gegenteil: Während in anderen Ländern teilweise deutliche Steuersenkungen beschlossen werden, steigt in Deutschland die Steuer- und Abgabenbelastung in diesem Jahr um rund 27 Mrd. Euro – auch durch die Verschiebung der Steuerreformstufe von 2003 auf 2004. Diese immense Mehrbelastung trifft vor allem die personalintensiven kleinen und mittleren Unternehmen und damit das Rückgrat der deutschen Wirtschaft.

Vor diesem Hintergrund ist die vermeintliche Mittelstandsoffensive der Bundesregierung mit ihrem geschätzten Entlastungsvolumen von 35 bis 60 Mio. Euro weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Dabei sind die Probleme in Deutschland im Wesentlichen hausgemacht und können daher nicht durch Abwarten auf ein günstigeres außenwirtschaftliches Umfeld, sondern nur durch konsequente nationale Reformen gelöst werden. Während der Export mit einem Zuwachs von real 2,9 Prozent im vergangenen Jahr eine Konjunkturstütze gewesen ist, haben vor allem die Negativ-Entwicklungen bei der Inlandsnachfrage – den Ausrüstungsinvestitionen (minus 8,4

Prozent), den Bauinvestitionen (minus 5,9 Prozent) und dem privaten Konsum (minus 0,5 Prozent) – die deutsche Wirtschaft stark belastet.

Eine umfassende und rasche Wende in der gesamten Wirtschaftspolitik ist aber auch deshalb dringend erforderlich, weil aufgrund steigender Unsicherheit über die weltwirtschaftliche Entwicklung und einer stetigen Aufwertung des Euro auch der Export als Wachstumsanker in diesem Jahr stark gefährdet ist. Damit kann eine weitere Verschärfung der bereits jetzt miserablen Lage bei Wachstum und Beschäftigung in Deutschland nicht ausgeschlossen werden – wenn die nationalen Wachstumskräfte weiter brachliegen.

Die Entscheidung über Erfolg oder Misserfolg der deutschen Wirtschaftspolitik fällt im Mittelstand. Denn hier entstehen 90 Prozent der neuen Arbeitsplätze und werden 80 Prozent der Lehrlinge ausgebildet.

Nur wenn es gelingt, die Gewinnsituation der 3,3 Millionen kleinen und mittleren Betriebe durch geringere Belastungen bei Steuern und Abgaben zu verbessern, die Fremdfinanzierung durch eine größere Eigenkapitalquote und einen leichteren Zugang zu Chancenkapital effizienter zu gestalten sowie durch einen rigorosen Abbau der Bürokratiedichte wieder neue Freiräume für unternehmerische Gestaltungskraft zu eröffnen und damit die Investitionsbereitschaft insgesamt zu verbessern, kann der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit in unserem Land gewonnen werden.

Um die strukturellen Defizite zu beseitigen und die dringend benötigte Trendwende für den deutschen Mittelstand endlich einzuleiten, ist daher eine Wirtschaftspolitik nötig, die sich auf die Grundlagen und Stärken der Sozialen Marktwirtschaft insgesamt besinnt.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die Fehlentwicklung in der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik zu korrigieren und auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft umgehend Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung auf den Weg zu bringen. Hierzu zählen:

1. Die beschäftigungshemmenden Regulierungen auf dem Arbeitsmarkt sind zurückzunehmen. Statt weiterer Verkrustungen muss der deutsche Arbeitsmarkt dringend entbürokratisiert und flexibilisiert werden. Hierzu zählen u. a. die Rücknahme derjenigen Neuregelungen in der Zeitarbeit, die die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen vom ersten Arbeitstag an vorsehen, die Rücknahme des allgemeinen Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit sowie ein moderner Kündigungsschutz, der den Interessen der Beschäftigten ebenso wie denen der Arbeitssuchenden und der Betriebe Rechnung trägt.

2. Das Betriebsverfassungsgesetz ist zu modernisieren, um die kostentreibenden Teile der letzten Gesetzesnovelle zu korrigieren und als betriebsnahes Mitbestimmungsrecht auszugestalten, das Unternehmen und Beschäftigten in betrieblichen Bündnissen für Arbeit ermöglicht, vor Ort flexible Regelungen auch außerhalb starrer Tarifverträge zum Wohle der Belegschaften und des Unternehmens umzusetzen. Hierzu ist auch das Günstigkeitsprinzip zu reformieren.

3. Mit einer mutigen Entbürokratisierung, die u. a. Existenzgründungen durch vereinfachte Buchführungsregeln und den Verzicht auf zahllose Mitteilungs- und Meldepflichten an Behörden in den ersten fünf Jahren erleichtert, ist der deutsche Mittelstand insgesamt zu stärken.

4. Um die Aufnahme einer Beschäftigung auch im Niedriglohnbereich attraktiver zu gestalten, sind in einem umfassenden Konzept nicht nur die von der Union durchgesetzten Regelungen zu den Mini-Jobs, sondern auch die Anrechnungsbestimmungen von Erwerbseinkommen in den Transfersystemen beschäftigungsfreundlicher zu gestalten und Arbeitslosen- wie Sozialhilfe umgehend zusammenzuführen.
5. Städten und Gemeinden ist durch die Rücknahme der Gewerbesteuerumlageerhöhung sowie durch eine umfassende Gemeindefinanzreform neuer Handlungsspielraum für kommunale Investitionen, die vor allem dem Mittelstand zugute kommen, zu eröffnen.
6. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der neuen Länder sind weiter zu verbessern. Dazu zählt vor allem die Schließung der Infrastrukturlücken, um so die Beschäftigungschancen nachhaltig zu verbessern. Dies dient nicht nur der Bauwirtschaft, sondern trägt auch dazu bei, den Lohn-Produktivitätskeil zu reduzieren und stärkt damit den gesamten Mittelstand.
7. Eine Wirtschaftspolitik muss umgesetzt werden, die den gesamten Mittelstand entlastet und bei Betrieben wie Bürgern dazu beiträgt, sowohl die Investitions- als auch Konsumnachfrage zu steigern. Dies schafft neue Beschäftigungsimpulse. Eine mediengerecht inszenierte „Mittelstandsoffensive“, die den von der Bundesregierung beschlossenen Mehrbelastungen von 27 Mrd. Euro in 2003 lediglich eine Entlastung von 35 bis 60 Mio. Euro entgegenstellt, wird dieser großen Herausforderung nicht gerecht.
8. Die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen sind zu stärken. Dazu zählt, dass die Staatsquote deutlich zurückgeführt und durch strukturelle Reformen auf 40 Prozent gesenkt wird. Damit entsteht auch der erforderliche Freiraum zur Rücknahme der beschäftigungsfeindlich hohen Steuer- und Abgabenlast.
9. Anstelle neuer Sonderregelungen für das Kleinstgewerbe, die weniger als zehn Prozent der deutschen Betriebe betreffen, ist das Steuerrecht für alle Unternehmen und Bürger grundlegend zu vereinfachen, die Steuersätze zu senken und gerechter zu gestalten. Dabei sind insbesondere die ungerechtfertigten Belastungsunterschiede zwischen Kapitalgesellschaften einerseits und Personenunternehmen andererseits zu beseitigen. Eckpfeiler bei der Einkommensbelastung bilden ein Eingangssteuersatz unter 15 Prozent sowie ein Einkommensteuerspitzensatz unter 40 Prozent.
10. Die Lohnzusatzkosten der sozialen Sicherungssysteme sind unter 40 Prozent zu senken – wie es von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit Jahren versprochen wird. Vor allem in der Arbeitslosenversicherung sind durch den konsequenten Abbau von versicherungsfremden Leistungen und Effizienzsteigerungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik Freiräume für eine Beitragssatzsenkung auf 5,5 Prozent zu schaffen.
11. Die Eigenkapitalausstattung der kleinen und mittleren Betriebe ist u. a. dadurch zu verbessern, dass die Bereitstellung von Chancenkapital durch eine deutliche steuerliche Entlastung unterstützt und damit attraktiver gestaltet wird.
12. Die Wertgrenze für sofort abschreibungsfähige Wirtschaftsgüter ist auf 800 Euro anzuheben.
13. Sämtliche staatliche Subventionen müssen auf ihren Sinn und ihre Folgen für den Wettbewerb überprüft werden. Sie sind zeitlich zu befristen, degressiv auszugestalten und zur Transparenz parlamentarischer Kontrolle prinzipiell aus öffentlichen Haushalten zu leisten. Dabei ist die Wirtschaftsförderung stärker als bisher auf den Mittelstand zu konzentrieren.

14. Die Auslandsmesseförderung der kleinen und mittleren Betriebe darf nicht nur durch Ankündigungen gestärkt, sondern muss durch einen höheren Etatansatz 2003 beim Bundeswirtschaftsminister konkret verbessert werden.
15. Die vermeintliche Mittelstandsoffensive „proMittelstand“ der Bundesregierung ist zu konkretisieren und umgehend klarzustellen, wie die steuerlichen Rahmenbedingungen für den Generationenwechsel verbessert werden sollen, durch welche Maßnahmen die Eigenkapitalquote, der Zugang zu Chancenkapital und damit die Fremdfinanzierung des Mittelstands gestärkt werden, in welcher Art und Weise die Handwerksordnung sinnvoll an veränderte Bedingungen angepasst werden kann, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Zahlungsmoral geplant sind und wie das Reformtempo bei der Modernisierung der Ausbildungsberufe gesteigert werden soll.

Berlin, den 28. Januar 2003

**Dagmar Wöhrl**
**Karl-Josef Laumann**
**Hartmut Schauerte**
**Veronika Bellmann**
**Wolfgang Börnsen (Bönstrup)**
**Alexander Dobrindt**
**Dr. Reinhard Göhner**
**Ernst Hinsken**
**Robert Hochbaum**
**Dr. Martina Krogmann**
**Dr. Hermann Kues**
**Wolfgang Meckelburg**
**Laurenz Meyer (Hamm)**
**Dr. Joachim Pfeiffer**
**Hans-Peter Repnik**
**Dr. Heinz Riesenhuber**
**Franz Romer**
**Johannes Singhammer**
**Max Straubinger**
**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333